

Kreiskonferenz  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen**  
04. November 2006 in Freiberg

**Gegenstand:**

Die Demografische Entwicklung in Sachsen  
und ihre Konsequenzen

TO-Punkt

**Antragsteller:**

Landesvorstand

**A-2**

**Bemerkungen:**

**Abstimmung:**

Stimmen abgegeben: \_\_\_\_\_  
Gültig: \_\_\_\_\_  
Ja: \_\_\_\_\_ Nein: \_\_\_\_\_ Enth: \_\_\_\_\_  
Zurückgezogen:   
Modifizierte Übernahme:

1 Die Kreiskonferenz möge folgenden Antrag beschließen:

2

3 **Die Demografische Entwicklung in Sachsen**  
4 **und ihre Konsequenzen**

5

6

7 **Grüne Konzepte bieten konsequente und praktikable Reaktionen auf demo-**  
8 **grafische Entwicklung – Staatsregierung zieht zu wenig Konsequenzen**

9

10 Die demografische Entwicklung macht die politischen Konzepte von BÜNDNIS 90/ DIE  
11 GRÜNEN aktueller denn je. Ob es um eine dezentrale, preiswerte Infrastruktur geht, um  
12 mehr Bürgerbeteiligung, um Gemeinschaftsschulen oder generationenübergreifende  
13 Wohnprojekte oder Stadtentwicklungskonzepte – unsere Ansätze stoßen auf neues  
14 Interesse und Verbündete in Wirtschaft und Bevölkerung. Wir bieten konsequente und  
15 praktikable Handlungsansätze.

16 Grund dafür ist, dass die verfehlte, wachstumsorientierte Politik der sächsischen Staats-  
17 regierung nun auf dem Boden der Tatsachen angekommen ist. Die demographische  
18 Entwicklung in Sachsen und ihre Folgen zählen zu den viel diskutierten Themen unse-  
19 rer Tage. Ministerpräsident Milbradt hat eine Expertenkommission zum Thema einge-  
20 richtet und lässt in wenigen Tagen einen "Demographiegipfel" veranstalten. Während  
21 Georg Milbradt die demographische Entwicklung schon heute als Begründung für künf-  
22 tige Kürzungen anführt, beschwört seine Partei verzweifelt die Trendwende bei der Ge-  
23 burtenentwicklung. Diese Ratlosigkeit ist die Konsequenz der verfehlten Regierungspo-

24 litik in den 90ern. Die Regierung Biedenkopf gab sich Wachstumsillusionen hin und  
25 setzte völlig überdimensionierte Infrastrukturprojekte durch.

26 Die Folgekosten der Politik aus den 90er Jahren muss nun eine schrumpfende Bevölke-  
27 rung tragen. Eine konsequente Umkehr findet aber immer noch nicht statt. Immer noch  
28 werden zu große Verkehrsbauten teuer weitergeplant; immer noch fehlen die Konse-  
29 quenzen in allen Politikfeldern von der Bildung bis zur Demokratisierung der Gesell-  
30 schaft.

31 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN haben stets vor dieser Entwicklung gewarnt. Auch wenn  
32 inzwischen wichtige Chancen verpasst worden sind, wollen wir den Fehlentwicklungen  
33 der Vergangenheit entgegenwirken, um eine Zukunft in einem lebenswerten Sachsen  
34 zu ermöglichen. Wir treten dafür ein, dass Sachsen die demografische Entwicklung  
35 gestaltet und ihre Chancen erkennt.

36

37 **Politik muss den demografischen Wandel gestalten, aber keine Umkehr**  
38 **versprechen**

39

40 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für eine Politik, die den demografischen  
41 Wandel gestalten will. Wir wollen, dass sich Politik und Gesellschaft nicht unerfüllbaren  
42 Hoffnungen auf eine Umkehr hingeben und im Erschrecken über die andere Realität  
43 verharren. Die notwendigen, neuen Konzepte zeigen Chancen auf und geben Mut zum  
44 Aufbruch.

45 Der demografische Wandel in Deutschland und Europa ist eine Tatsache. Zu lange hat  
46 ihn die herrschende Politik verdrängt. Im Zentrum der Aufmerksamkeiten steht, dass die  
47 Bevölkerung durch sinkende Geburtenzahlen schrumpft, gleichzeitig im Durchschnitt  
48 aber auch immer älter wird.

49 Die längere Lebenserwartung ist Gewinn und Chance für die Menschen. Der Bevölke-  
50 rungsrückgang insgesamt vorerst nicht aufgehalten werden – eine solche Geburtenquo-  
51 te, die den jetzigen Bevölkerungsstand erhalten würde, wäre utopisch. Die jahrzehnte-  
52 lange Entwicklung, die sich im letzten Jahrzehnt lediglich verschärft hat, ist nicht kurz-  
53 fristig umkehrbar. **Die Landespolitik muss dem demografischen Wandel mit einer**  
54 **gemischten Strategie der Anpassung und der Gegensteuerung begegnen**

55 Wir Grünen wollen auf den demografischen Wandel mit einer ambitionierten Politik des  
56 Gegenstehens und Anpassens reagieren. Mit so einer gemischten Strategie können  
57 erfolgreich Chancen für unsere Gesellschaft erschlossen werden; bloße Anpassung  
58 wäre Kapitulation. Das setzt voraus, dass Entwicklungen und bisherige Fehler nicht  
59 mehr beschönigt, sondern klar benannt werden.

60 Dringend und viel konsequenter als bisher müssen nun Anpassungsprozesse in Infra-  
61 struktur, Verwaltung, öffentlichen Finanzen sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein-  
62 geleitet werden. Doch das genügt nicht zum Gegensteuern.

63 Anpassungsprozesse werden mit schmerzhaften Einschnitten verbunden sein. Die Pla-  
64 nung von Einschnitten hat aber auch zu berücksichtigen, welche Chancen darin beste-  
65 hen, Menschen zum generationenübergreifenden Leben und zum Aufziehen von Kin-  
66 dern zu ermutigen, Abwanderungstendenzen aufzuhalten und Zuwanderung zu ermög-  
67 lichen. Durch die notwendigen, dezentralen Versorgungsformen und den Bedarf nach  
68 veränderter Dienstleistung entstehen Chancen für regionale Wirtschaftskreisläufe und  
69 Arbeitsplätze in Klein- und mittelständischen Unternehmen.

70

71

72

73

**74 Abwanderung der letzten Jahre durch Anreize für junge Menschen und Fa-**  
**75 milien entgegen wirken**

76

77 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen wollen, dass Sachsen aktiver um junge Men-  
78 schen wirbt. Dieses Werben steht und fällt mit Chancen auf Arbeit besonders außerhalb  
79 der Ballungsräume. Sachsen muss sich darüber hinaus aber auch mit weichen Stand-  
80 ortfaktoren profilieren. Dazu gehören für uns besonders Familiengerechtigkeit, ein vor-  
81 bildliches Bildungssystem, der Erhalt der landschaftlichen Schönheit und preiswerte  
82 Infrastruktur. Die besondere Bevölkerungsentwicklung in allen neuen Bundesländern  
83 und insbesondere Sachsens ergibt sich aus der Abwanderung insbesondere jüngerer  
84 Menschen, die die Ausgangssituation verschärft. Die Landespolitik muss sich intensiv  
85 um "Bleibefaktoren" bemühen, um die Abwanderung aus Sachsen zu begrenzen. Viele  
86 Sächsinen und Sachsen, die den Freistaat aus Gründen der Ausbildung oder des Be-  
87 rufes wegen verlassen haben, würden gerne in ihre Heimat zurückkehren, wenn ihnen  
88 hier neue Chancen geboten werden. Junge Menschen müssen gezielt und bewusst  
89 über die Chancen in ihrer Heimatregion, die sich in einigen Branchen aufgrund des ein-  
90 setzenden Fachkräftemangels ergeben, besser aufgeklärt werden. Das für viele selbst-  
91 verständlich gewordene Bild darf sich nicht verfestigen, dass das Verlassen der Heimat  
92 die notwendige Voraussetzung für eine berufliche Zukunft ist (Frauenabwanderung,  
93 Chancen für junge Frauen).

94

95

**96 Zuwanderung als Chance sehen und nutzen**

97

98 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass Sachsen stärker als bisher die Poten-  
99 tiale der Zuwanderung erkennt und bewusst nutzt.

100 Das gilt für die Zuwanderung von Deutschen von außerhalb Sachsens ebenso wie für  
101 Ausländerinnen und Ausländer. Alle Tendenzen der Abschottung sind schädlich für  
102 unser Bundesland. Sachsen muss weltoffener werden, damit Menschen verschiedens-  
103 ter Couleur hier eine neue Heimat finden können. Besonders im Hinblick auf die Bedeu-  
104 tung von Hochschulen und Forschung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung gilt  
105 das Gebot der Weltoffenheit: Hochschulen und Forschungseinrichtungen leben von  
106 Austausch und Internationalität.

107 Die erfolgreiche Integration von ausländischen Zuwanderinnen und Zuwandern ist dabei  
108 entscheidend. Zuwanderer brauchen in Sachsen reale Chancen auf Qualifizierung, be-  
109 ruflichen und unternehmerischen Erfolg. Sie können Sachsens Kultur bereichern und  
110 müssen ein aktiver Teil der sächsischen Gesellschaft und des demokratischen Ge-  
111 meinwesens werden.

112

113

**114 Kinderfreundlichkeit bleibt zentrale Aufgabe**

115

116 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sehen Kinderfreundlichkeit vom Umweltschutz bis zur  
117 hochwertigen Kinderbetreuung seit vielen Jahren als zentrale, politische Aufgabe. Die  
118 Entwicklung gibt uns Recht und zeigt, dass Kinderfreundlichkeit zum wichtigen Stand-  
119 ortfaktor wird. Selbstverständlich kann eine verbesserte Kinderbetreuung allein den

120 demografischen Wandel in Sachsen nicht aufhalten. Trotzdem bleibt eine kinderfreund-  
121 liche Politik eine wichtige Aufgabe, um die negative Entwicklung abzufedern.

122 Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz um Fachkräfte, ist zu beachten,  
123 dass eine überdurchschnittlich gute Kinderbetreuung für viele qualifizierte Arbeitnehme-  
124 rinnen und Arbeitnehmer einen wichtigen Faktor bei der Entscheidung darstellt, wo sie  
125 sich niederlassen. Für die Ansiedlung von Betrieben wird neben der übrigen Infrastruk-  
126 tur wichtig sein, inwiefern Kommunen dazu beitragen, ihren Mitarbeitern eine gute Ver-  
127 einbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen – so können z. B. durch betrieblich  
128 unterstützte Kinderbetreuung in ländlichen Räumen Anreize für Fachkräftezugug ge-  
129 schaffen werden. Für den von uns angestrebten Rechtsanspruch auf eine kostenlose  
130 Kinderbetreuung mit Rechtsanspruch ab einem Jahr sollten geeignete Formen für länd-  
131 liche Räume mit wenig Kindern gefunden werden (hochwertige Tagespflege, Mehrfach-  
132 nutzung von öffentlichen Räumen mit kurzen Wegen u. ä.).

133 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für eine emanzipative Familienpolitik, die es Men-  
134 schen ermöglicht, ihre eigenen Kinderwünsche zu realisieren. Wir wollen aber keine  
135 Plansollzahlen aufstellen, die in der Bevölkerungsentwicklung erfüllt werden sollen. Eine  
136 emanzipative Familienpolitik trägt auch dem Umstand Rechnung, dass es Formen des  
137 Lebens mit Kindern jenseits des traditionellen Verständnisses von Ehe gibt. Jede dieser  
138 Formen sehen wir als Familie.

139 Anstelle der steuerlichen Subventionierung der Ehe wollen wir ein individuelles Besteue-  
140 rungsmodell, dass Familien aller Art zugute kommt (Individualbesteuerung). Die Forde-  
141 rung der sächsischen CDU nach einem Familiensplitting ist ein erster Schritt in die  
142 richtige Richtung. Die CDU hat sich aber nicht zu Konsequenz durchringen können:  
143 immer noch kommt der Hauptteil der steuerlichen Subventionen Eheleuten zu und eben  
144 nicht den Leistungen für Kinder.

145 Weitere, wichtige Rahmenbedingungen sind das Vermeiden von Kinderarmut, mehr  
146 Möglichkeiten für begleitende Bildung der erziehenden Eltern und ein datenschutzge-  
147 rechtes Frühwarnsystem für vernachlässigte Kinder. Mit geeigneten Unterstützungssys-  
148 temen müssen ggf. weg brechende familiäre Bindungen ausgeglichen und der Aus-  
149 tausch verschiedener Generationen gefördert werden. Stärker als bisher muss der Frei-  
150 staat für familiengerechte Arbeitsweisen und Ausbildungsformen eintreten als bisher.

151

152

### 153 **Die Gleichstellungspolitik steht im Zentrum der Strategie**

154

155 Für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen steht Gleichstellungspolitik im Zentrum  
156 aller Strategien im Umgang mit dem demografischen Wandel

157 Die Abwanderungsprobleme Sachsens liegen besonders Maße im Weggehen junger  
158 Frauen begründet. Deren Kinder werden dann außerhalb Sachsens geboren, was den  
159 negativen Effekt verstärkt. Deshalb müssen beruflichen Chancen junger Frauen ver-  
160 bessert und vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleistet werden.  
161 Gleichzeitig wollen wir die Chancen von Männern, einen eigenen Anteil an Kindererzie-  
162 hung und Familienarbeit zu haben, verbessern. Beide Geschlechter müssen die Mög-  
163 lichkeit haben, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen und in einer selbstbestimmten Form  
164 der Familie zu leben.

165 Das familienpolitische Leitbild, die Frauen an den Herd zurückdrängen wollen und al-  
166 leinverantwortlich für Geburtenraten und Kindererziehung machen wollen, lehnen wir  
167 ab. Die Realität zeigt, wie überholt solche Bilder sind und dass sie in unserer Gesell-  
168 schaft nicht mehr Kinder bringen.

169 Wir Grünen stehen für echte Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowohl für  
 170 die Familienarbeit als auch für die beruflichen Chancen. Voraussetzung hierfür ist auch  
 171 die gleichberechtigte, differenzierte Bildung und Förderung beider Geschlechter von der  
 172 Kindheit an bis ins hohe Alter. Hierzu gehören Maßnahmen, die Mädchen und Frauen  
 173 den Einstieg in technische Qualifikationen und hoch bezahlte Führungsberufe erleich-  
 174 tern. Sächsische Arbeitgeber müssen bestehende Vorbehalte in diesem Bereich ab-  
 175 bauen.

176 Ebenso sollen Jungen in ihrer frühkindlichen und sozialen Entwicklung angemessen  
 177 gefördert werden; hierzu befürworten wir einen breiteren Einstieg von Männern in die  
 178 Erziehungsberufe des Kindergarten und Grundschulalters.

179

180

## 181 **Hervorragende Bildungsangebote sind Schlüsselressource für Sachsen**

182

183 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sehen in einem modernen Bildungssystem eine Schlüssel-  
 184 ressource für die Entwicklung Sachsens. Es muss erstklassige Angebote mit hohen  
 185 Bildungsstandards für alle Altersgruppen enthalten, um langfristig zukunftsfähig zu blei-  
 186 ben. Erhalten Kinder keine optimale Schulbildung, wird sich der Fachkräftemangel ver-  
 187 schärfen, der aufgrund des demografischen Wandels jetzt schon abzusehen ist. Das  
 188 führt zu Betriebsschließungen, zur Abwanderung von Arbeitgebern und somit zu einer  
 189 Chancenverschlechterung für alle, die in weitere Abwanderung münden wird. Die durch  
 190 den demografischen Wandel entstehenden, neuen Nachfragen könnten nicht unter-  
 191 nehmerisch umgesetzt werden und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze führen.

192 Eine Politik des simplen Streichens und Sparens würde also eine negative Entwick-  
 193 lungsspirale verursachen. Der Schul- und Bildungspolitik kommt somit eine wichtige  
 194 Funktion des Gegensteuerns zu. Daran schließt auch die Bedeutung der Hochschul-  
 195 und Forschungspolitik an: Hochschulen und Forschung halten junge Menschen im Land  
 196 und von ihnen gehen langfristige wirtschaftliche Impulse aus. Sachsen muss die Chan-  
 197 ce einer überproportionalen Ausbildung von Studentinnen und Studenten nutzen und  
 198 darf nicht mit einem einfachen Studienplatzabbau auf sinkende Absolventenzahlen in  
 199 Sachsen reagieren. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern einen Hochschullastenaus-  
 200 gleich. Dies liegt auch im Interesse der alten Bundesländer, welche für ihre Absolventen  
 201 nicht genügend Studienplätze anbieten können.

202 Das vorhandene Schulsystem führt zu einer Politik der Schulkonzentration und der  
 203 Schulstreichungen. Die verheerenden Folgen sind bekannt, besonders – aber nicht nur  
 204 – im ländlichen Raum. Hier bietet das Gemeinschaftsschulmodell besonders gute pä-  
 205 dagogische Alternativen. Diese müssen jedoch jetzt erschlossen werden um sich in der  
 206 kommenden Entwicklung auswirken zu können – die Einführung der Gemeinschafts-  
 207 schule darf nicht länger verzögert werden.

208 Anstelle zentralisierter Schul-”Kombinate” präferieren wir Grünen im ländlichen Raum  
 209 kleine Schulen als Ort des öffentlichen Lebens. Diese Schulen können auch von Kultur-  
 210 vereinen und Bürgerinitiativen, älteren Menschen und Familien sowie als Anlaufpunkt  
 211 der Verwaltung mit genutzt werden können.

212

213

## 214 **Öffentlichen Finanzen “demografiefest” machen**

215

216 Wir Grünen stehen für eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, um  
 217 die Folgen der demografischen Entwicklung für die Bevölkerung abzufedern.

218 Denn derzeit führt die demografische Entwicklung dazu, dass die Pro-Kopf-  
 219 Verschuldung aufgrund einer geringeren Anzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern  
 220 steigt. Verbesserte Produktivität und Wachstum können diese Entwicklung vielleicht  
 221 teilweise kompensieren, aber die Regression des Solidarpaktes II wird die finanzielle  
 222 Lage Sachsens automatisch verschlechtern. Vor diesem Hintergrund sind große Ein-  
 223 sparungen unumgänglich. Das bedeutet, dass überprüft werden muss, welche Kosten  
 224 sich durch den demografischen Wandel erübrigen können. Gleichzeitig ist zu beachten,  
 225 dass Verwaltungsaufwand und Infrastrukturkosten "pro Kopf" bei einer schrumpfenden  
 226 Gesamtbevölkerungszahl sich erhöhen werden. Verwaltungsabbau ist durch erhöhte  
 227 Verwaltungseffizienz zu ermöglichen; hierzu muss die Verwaltungsmodernisierung in  
 228 Freistaat und den sächsischen Kommunen vorangetrieben werden.

229

230

231 **Die Infrastrukturen müssen der Realität angepasst und dabei dezentral und**  
 232 **preiswert gestaltet werden**

233

234 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern, dass die sächsische Regierung endlich ein Um-  
 235 denken in der Infrastruktur einleitet. Jedes überdimensionierte System führt bei zurück-  
 236 gehenden Einwohnerzahlen und geringeren Auslastungen zu höheren Pro-Kopf-Kosten  
 237 – und diese sind teilweise bereits jetzt drastisch.

238 Beim Ausbau von Infrastruktur muss die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung be-  
 239 rücksichtigt werden. Vor allem etliche Verkehrsprojekte sowie die Förderpolitik des Frei-  
 240 staates im Verkehrsbereich müssen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.  
 241 Angesichts mittelfristig nicht umkehrbarer realer Schrumpfungsprozesse müssen die  
 242 wachstumsorientierten Vorstellungen der Kohl-Biedenkopf-Ära zu den Akten gelegt wer-  
 243 den. Hier ist Ehrlichkeit angesagt: die Realität zeigt, dass überdimensionierte Infrastruk-  
 244 tur kein Wirtschaftswachstum nach sich gezogen hat.

245 In Bereichen wie der Energie-, Wärme- und Wasserversorgung und der Abwasserent-  
 246 sorgung muss viel stärker als bisher nach dezentralen Lösungen gesucht werden. Re-  
 247 gionale Energiekonzepte unter stärkerem Einsatz regenerativer Energien müssen entwi-  
 248 ckelt werden. So können die natürlichen Ressourcen geschützt und die Ver- und Ent-  
 249 sorgung umweltfreundlich gemacht werden. Diese Branchen sind arbeitsplatzintensiv  
 250 und erzeugen Arbeitsplätze auch in dünner besiedelten Regionen.

251

252

253 **Neue Ansätze in Verkehrspolitik sowie Regional- und Stadtplanung**

254

255 Für neue Konzepte treten BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN auch in der Verkehrspolitik und  
 256 in der Planung ein. Neue Mobilitätskonzepte bedarf es besonders für den ländlichen  
 257 Raum. In den Ballungsräumen müssen die Grundsätze der Innen- vor Außenentwick-  
 258 lung konsequenter umgesetzt werden.

259 Wir halten den derzeit im Öffentlichen Verkehr schon jetzt praktizierten Angebotsabbau  
 260 wegen sinkender Nachfrage in den ländlichen Räumen für den falschen Weg. Öffentli-  
 261 cher Verkehr ist ein Standortfaktor – nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für eine  
 262 kinderfreundliche Gesellschaft. Er wird in der Fläche künftig bei steigenden PKW-  
 263 Haltungskosten und sinkenden Einkommen eine größere Bedeutung als Daseinsvor-  
 264 sorge bekommen. Hier stößt klassische Linienverkehr mit großen Fahrzeugeinheiten an  
 265 seine wirtschaftlichen Grenzen.

266 Neben einer Stärkung von Bahn und Bus zwischen den zentralen Orten kann eine kon-  
 267 sequente Umstellung auf flexible Bedienungsformen wie Anruf–Sammel–Taxis u. ä. die  
 268 notwendige Mobilität kostengünstig in der Fläche sichern.

269 Dieses muss durch neuartige, alternative Bedienungsformen, wie z.B. Bürgerbusse mit  
 270 ehrenamtlichen Fahrern und die Integration vorhandener Fahrten des sozialpflegeri-  
 271 schen Dienstes ergänzt werden. Konzepte zur Verkehrsvermeidung (Ladentaxi, regio-  
 272 nale Wirtschaftskreisläufe) und Fahrgemeinschaften/lokale Mitfahrzentralen sollen Be-  
 273 standteile eines alternativen Mobilitätskonzepts sein. Für solche Konzepte wird bei der  
 274 öffentlichen Hand bislang kaum vorgedacht; dieses sollte in nächster Zeit durch den  
 275 Freistaat und die kommunalen Zweckverbände speziell gefordert und gefördert werden.

276 Die Strategie, durch zusätzlichen Straßenbau zu den Ballungsräumen Pendlerbewe-  
 277 gungen zu unterstützen, ist kontraproduktiv. Die Entwicklung des Benzinpreises wird  
 278 außerdem dazu führen, dass dieses Rezept zu dem bereits bekannten Ergebnis führen  
 279 würde: es würden Straßen gebaut, die kaum befahren werden, aber von allen bezahlt  
 280 werden müssen.

281 Urbane Verdichtung begünstigt die Schaffung und den Erhalt effektiver Infrastrukturen.  
 282 Deshalb muss der Suburbanisierung und Zersiedlung entgegengewirkt werden; der  
 283 Grundsatz der Innen- vor Außenentwicklung muss daher in allen Planungen des Frei-  
 284 staates Sachsen vom Landesentwicklungsplan bis in die kommunale Bauleitplanung  
 285 untersetzt zu werden.

286 Beim Stadtumbau müssen die Auswirkungen auf bestehende Infrastrukturnetze und  
 287 Folgekosten berücksichtigt werden. Neben dem “Rückbau” von Gebäuden muss zu-  
 288 nehmend der Umbau von technischer Infrastruktur gefördert werden. Anpassung muss  
 289 zunehmend zum Schwerpunkt von Förderpolitik werden.

290 Urbane Verdichtung begünstigt die Schaffung und den Erhalt effektiver Infrastrukturen.  
 291 Deshalb muss der Suburbanisierung und Zersiedlung entgegengewirkt werden; der  
 292 Grundsatz der Innen- vor Außenentwicklung muss daher in allen Planungen des Frei-  
 293 staates Sachsen vom Landesentwicklungsplan bis zu in die kommunale Bauleitplanung  
 294 untersetzt zu werden.

295

296

## 297 **Eine neue Politik für die Alten wird die Entwicklung Sachsens stärken**

298

299 Wir fordern eine konsequentere Orientierung aller politischen Entscheidungen auf die  
 300 Bedürfnisse älterer Menschen. Wir sehen unsere Gesellschaft als Mehrgenerationen-  
 301 haus, in dem die einzelnen Generationen stärker als bisher gemeinsam leben und – zu  
 302 ihrem Nutzen – miteinander kommunizieren können sollen. Ein altengerechtes Sachsen  
 303 stärkt auch die Potentiale unseres Bundeslandes im überregionalen Standortwettbe-  
 304 werb. Alte Menschen sind teilweise wohlhabend und werden zu immer größeren Teilen  
 305 noch beruflich und wirtschaftlich tätig sein und Steuern zahlen. Sie wollen wir einladen,  
 306 ihren Wohnsitz in Sachsen zu nehmen.

307 Mit der Alterung der gesamten Gesellschaft werden die vielfältigen, besonderen Be-  
 308 dürfnisse und Interessen älterer Menschen eine größere Rolle spielen. Mobilitäts- und  
 309 Mehrfachbehinderungen werden stärker in Erscheinung treten, aber auch fitte ältere  
 310 Menschen wollen in das öffentliche eingebunden werden.

311 Politik für alte Menschen kann daher nicht allein die “Altenhilfepolitik” sein – wenn auch  
 312 für viele gebrechliche, hilfs- und pflegebedürftige Alte ein Altern in Würde garantiert  
 313 werden muss. Neben dieser großen Herausforderung steht die Aufgabe, alten Men-  
 314 schen eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Öffentli-  
 315 che und private Einrichtungen von der Verwaltungsstelle bis zum Einkaufs- und Dienst-

316 leistungsangebot werden in zunehmendem Maße barrierefrei und altengerecht zu ges-  
 317 talten sein. Die Nutzung von Internetangeboten für die gesellschaftliche Teilhabe muss  
 318 für alternde Menschen erleichtert werden.

319 Mitentscheidend für die Qualität und Selbstbestimmung des Lebens im Alter wird die  
 320 Gesundheitsvorsorge sein. Stärker als bisher sollte daher individuelle Vorsorge ange-  
 321 regt und die Nutzung von Selbsthilfeangeboten erleichtert werden.

322

### 323 **Bürgerbeteiligung wird wertvoller denn je**

324

325 Unsere urgrünen Forderungen nach besserer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger  
 326 gewinnen durch den demografischen Wandel eine neue Dimension. Die notwendigen  
 327 Reaktionen auf den demografischen Wandel können nur mit einer Politik Auge in Auge  
 328 mit der Bevölkerung und mit ehrlichen Problemanfragen bewältigt werden. Bürgerschaft-  
 329 liches Engagement wird aufgrund der schwieriger werdenden infrastrukturellen und fi-  
 330 nanziellen Bedingungen zunehmend staatliches Handeln ergänzen müssen. Politik  
 331 muss bürgerschaftliches Engagement ermutigen und ihm optimale Rahmenbedingun-  
 332 gen schaffen.

333 Das ist nicht ohne eine bessere demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern  
 334 möglich – in der Kommunalpolitik und allen anderen politischen Handlungsfeldern.

335 Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur angehört, sondern auch direkt an Meinungsbil-  
 336 dungen und Entscheidungen beteiligt werden. Wichtig wird sein, dass gesellschaftliche  
 337 Teilhabe von Gruppen erhalten bleibt, die durch den demografischen Wandel isoliert zu  
 338 werden drohen - z.B. der älterer Menschen in sich entvölkernden Landstrichen.

339 Wir sehen Bürgerbeteiligung als wichtigen "Bleibefaktor": wo Menschen selbstbestimmt  
 340 ihr Leben und Zusammenleben gestalten können, wird regionale Identität gesichert,  
 341 statt nur beschworen.

342 In vielen Bereichen wird Verwaltung aus Kostengründen abgebaut werden müssen.  
 343 Damit ist die Aufgabe der Neugestaltung verbunden: Beratung wird zunehmend Verwal-  
 344 tung ersetzen müssen. Land und Kommunen werden immer öfter von der Verarbeitung  
 345 zur Weitergabe von Informationen übergehen müssen. Diesen Prozess gilt es nicht nur  
 346 im Sinne der Kostenersparnis zu gestalten, sondern auch mit dem Ziel von mehr Demo-  
 347 kratie, Bürgerbeteiligung, Transparenz und Selbstbestimmung. Wir fordern daher im  
 348 Zusammenhang mit der Verwaltungsreform konkrete Ansätze für ein Verwaltungsange-  
 349 bot in der Fläche und eine Demokratisierung der Gemeindeordnung.

350

351

### 352 **Regionale Differenzierung ist notwendig, Kommunen dürfen nicht allein ge-** 353 **lassen werden**

354

355 Auch wenn eine allgemeine Richtung der demografischen Entwicklung erkennbar ist,  
 356 darf die Politik nicht von pauschalen Bewertungen ausgehen. Schwierig und notwendig  
 357 ist, dass regionale Differenzen berücksichtigt werden, um zielgenaue Antworten zu fin-  
 358 den. Metropolen sind vom ländlichen Raum zu unterscheiden, regionale wirtschaftliche  
 359 Strukturen und Entwicklungen sind zu berücksichtigen, wie geografische Lagen - z.B. in  
 360 den Grenzgebieten. Die Faktoren, die regionale Entwicklungen prägen werden, sind  
 361 wirtschaftlicher, sozialer, aber auch kultureller Natur. Daraus sind regionale Strategien  
 362 innerhalb eines breiten Spektrums von Handlungsoptionen abzuleiten. Dieses Hand-  
 363 lungsspektrum wird von der Möglichkeit, gegebenen positiven Entwicklungen Kontinuität

364 zu verleihen, über radikale Umorientierungen bis zur Notwendigkeit, vor Ort einen kom-  
 365 pletten Neubeginn zu wagen, reichen.

366 Hauptakteurinnen im demografischen Wandel sind die sächsischen Kommunen. Diese  
 367 dürfen nicht – wie bisher – von der Staatsregierung allein gelassen und mit kontrapro-  
 368 duktiven Förder- und Politikansätzen gebremst werden. Stattdessen sollte die Staatsre-  
 369 gierung die kommunale Politik mit einer intensiven Beratung zu allen Fragen der demo-  
 370 grafischen Entwicklung begleiten und vorbildliche Beispiele im kommunalen Standort-  
 371 wettbewerb besonders würdigen und fördern.

372

373

374 **Sachsens Antwort auf die demografische Entwicklung wird bundespoliti-  
 375 sche Bedeutung haben**

376

377 Wir sächsischen Bündnisgrünen fordern, dass Sachsen sich zum einem bundes- und  
 378 europaweitem Vorbild für den Umgang mit dem demografischen Wandel entwickelt.  
 379 Sachsens Antworten werden angesichts der ähnlichen Probleme in Ostdeutschland, der  
 380 gesamten Bundesrepublik und Europa in Zukunft Modellcharakter zukommen.

381 Der verantwortliche Umgang mit den finanziellen Problemen wird auch für die Diskussi-  
 382 on um die Solidarität zwischen den Bundesländern von Bedeutung nach Auslaufen des  
 383 Solidarpakts II sein. Sachsen wird daran gemessen werden, wie es die Mittel aus dem  
 384 Solidarpakt II verwendet.